

16.11.1917

23

Wir und Rußland.

Von Dr. Gustav Stresemann, Mitglied des Reichstages.

Wenn nicht alle Zeichen täuschen, dann nähern wir uns dem Ende des gewaltigen Weltkrieges. So wie der Siebenjährige Krieg einst durch einen Thronwechsel in Rußland in den Frieden der sich bekämpfenden Nationen übergeführt wurde, so scheint es, als wenn die gewaltige Eruption, die sich in dem russischen Staats- und Volkskörper gegenwärtig abspielt, zum mindesten zu dem Ergebnis führt, daß Rußland des Kampfes müde wird und das russische Volk sich dem großen Gedanken des Friedens mit Inbrunst zuneigt. Dazu führt einmal die grundsätzliche Friedensstimmung derjenigen sozialistischen Gruppen, welche gegenwärtig in Rußland die Herrschaft in Händen haben oder doch die provisorische Regierung maßgebend beeinflussen, weiter die Ueberlegung, daß der große Aufbau des neuen inneren Rußlands gefährdet sein könnte, wenn der Krieg sich noch länger hinzöge und dadurch die Möglichkeit einer Gegenrevolution heraufbeschworen würde, die vielleicht doch nicht so von der Hand zu weisen ist, wie die in den Händen der provisorischen Regierung befindliche „Telegraphenagentur“ es uns einreden möchte. Selbst wenn aber eine solche Gegenrevolution käme, so könnte auch sie, um sich zu behaupten, nur auf den Frieden mit Deutschland hinsteuern. Denn eines ist ganz unmöglich: ein blutiges Zerfleischen im Innern und kraftvolle Fortführung des Kampfes nach außen.

Wenn wir jetzt die Stunde mühen, dann wird der Frieden, nach dem sich auch jedes deutsche Herz sehnt, in greifbare Nähe gerückt werden können. Deshalb wird es jedermann verstehen, daß die deutsche Regierung zwei Grundsätze öffentlich vor der Welt betont. Einmal den Grundsatz der Nichteinmischung in die russischen Verhältnisse. Was der Reichskanzler im Deutschen Reichstage hierüber sagte, war gut und gewann seine besondere Bedeutung durch den Hinweis auf die Haltung des Deutschen Kaisers in der Zeit, als zuerst Reformwünsche an den russischen Zaren herantraten. Deutschland hat in dieser Beziehung etwas gutzumachen, denn die Art und Weise, wie wir uns früher der russischen Regierung allzu willfährig zur Verfügung stellten, wenn es sich darum handelte, ihr revolutionäre Elemente auszuliefern, hat uns bis in die Reihen der Kadetten hinein unendlich geschadet. Bis heute treibt die Kadettenpartei mit der Behauptung, daß Deutschland sich den letzten, nach russischen Anschauungen für Deutschland günstigen Handelsvertrag durch Konzessionen auf dem Gebiete der Verfolgung der russischen Revolutionäre erkaufte habe. Es galt, hier reinen Tisch zu machen und zum Ausdruck zu bringen, daß wir das Recht jedes Volkes anerkennen, sich sein Schicksal selbst zu bestimmen.

Ebenso wird man weiter dem zustimmen, daß die deutsche Regierung erneut erklärt, sie erstrebe nicht weltvernechtende Pläne, die Recht und Selbständigkeit anderer Nationen mit Füßen treten. Deutschland hat niemals Kriegsziele aufgestellt, welche denen der Entente gleichzuachten sind, hat für Selbständigkeit und Recht der kleinen Völker und der Neutralen praktisch weit mehr Verständnis gezeigt, als das theoretisch für diese Freiheit sich berauschende England mit seinen Verbündeten. Daß es andererseits die Sicherheit für seine Zukunft angesichts seiner Lage in Mitteleuropa nicht lediglich im Vertrauen auf künftige Volksverbrüderung suchen kann, daß es Entschädigungen fordert für „erlittene Unbill“, um mit den Worten des Kanzlers zu sprechen, dafür wird man auch in den Kreisen der Feinde Verständnis haben, die vielleicht vielmehr würdigen, was das deutsche Volk in diesem Kriege geleistet hat, als wie wir uns dessen selbst zur Stunde bewußt sind.

Wenn bei den privaten Vorverhandlungen über die Einleitung zu einer friedlichen Verständigung Angehörige der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mitwirken, so wird dagegen ebensowenig irgendein Einspruch zu erheben sein. Die Klage eines Berliner Blattes, daß die führenden Männer der sozialdemokratischen Partei die Führung auch auf dem Gebiete der Außenpolitik an sich reißen, verwechselt allgemeine Situationen mit der augenblicklichen Lage. Wenn die Herren Kerenski und Tschaidse Vertrauensmänner in neutrale Länder senden, um sich mit der internationalen Sozialdemokratie über die Lage auszusprechen, dann kann man deutscherseits nicht gut dem Grafen Westarp die Vermittlerrolle dabei anbieten, so wenig wie man etwa bei Vorverhandlungen mit dem alten Regime Herrn Scheidemann oder Herrn Haase zu den Vertrauensleuten des Zaren gesandt haben würde. Ueber diese Empfindlichkeiten muß man hinwegkommen. Die Gleichberechtigung der Parteien muß von der Regierung anerkannt werden, jeder, der praktisch helfen kann, willkommen sein. Sind ja doch auch die Dienste der Parlamentarier anderer Parteien während dieses Weltkrieges wiederholt in Anspruch genommen worden, ohne daß diese allerdings ein derartiges